und die Einhaltung der Grundsätze der innerparteilichen Demokratie zeigten.

Die Parteileitungen sind in der Regel Organe kollektiver Führung geworden, wodurch jeder Art von Führertum und jeder Kriecherei entgegengetreten wird und gesunde innerparteiliche Verhältnisse gesichert werden. Die Parteileitungen haben begonnen, die Grundeinheiten der Partei, insbesondere die Betriebsgruppen, operativer und konkreter anzuleiten. Die Tätigkeit der Organisations-Instrukteurabteilungen förderte die Herstellung engerer Verbindungen zwischen den Parteileitungen und der Masse der Parteimitglieder. Die politische Aktivität und die Organisiertheit der Parteieinheiten und Parteimitglieder ist gestiegen.

In der Vorbereitung unseres Parteitages hat sich eine breite und fruchtbare Diskussion über die Politik und die praktische Arbeit der Partei in den Mitgliederversammlungen und Parteikonferenzen entwickelt. Bei .den Delegiertenwahlen machten die Parteimitglieder von ihrem Recht Gebrauch, Kandidaten abzulehnen und ihre Mängel und Fehler zu kritisieren, was die gesamte Parteiarbeit förderte.

Es gibt jedoch in unserer Partei nicht wenige Stellen, wo die innerparteiliche Demokratie noch verletzt wird.

Eine Reihe von Parteileitungen praktizieren noch immer das Kooptieren neuer Leitungsmitglieder, wodurch der Grundsatz der Wählbarkeit der Parteileitungen verletzt wird. So wurde im Dezember 1949 auf Beschluß der Kreisleitung Niederbarnim der Leiter der Kreisparteischule, Gahre, in den Kreisvorstand und sein Sekretariat kooptiert. In einer Reihe von Kreisen, besonders im Lande Brandenburg, gehören den Sekretariaten der Kreisvorstände Mitglieder an, die nicht Mitglied der Kreisvorstände sind, wodurch die Organisationsprinzipien unserer Partei ebenfalls verletzt werden.

Auf den Parteidelegiertenkonferenzen vor dem Parteitag gab es ebenfalls Fälle der Verletzung der innerparteilichen Demokratie. Auf der Kreisparteikonferenz in Rostock wurde das Sekretariat des Kreisvorstandes unter Verletzung des Parteistatuts beauftragt, einen Teil der Delegierten ohne Bestätigung durch die Kreiskonferenz für die Landesparteikonferenz zu ernennen. Mehr noch. In Sachsen-Anhalt wurden *60* Gastdelegierte für den III. Parteitag nicht von der Landeskonferenz gewählt, sondern durch das Sekretariat des Landesvorstandes ernannt, was ebenfalls völlig unzulässig ist.